

Politische Rundschau. Deutschland.

* An seinem Geburtstag hat der Kaiser die höchste Ordensauszeichnung verliehen, darunter dem russischen Hofkammer Grafen Osten-Sacken den Schwarzen Adlerorden, dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein Herrn v. Köller das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub; Fürst Herbert Bismarck ist zum Generalmajor befördert worden.

* Eine Kabinettsordre des Kaisers, gleichfalls an dessen Geburtstag erlassen, setzt fest, daß die im Jahre 1866 zum Teil aus kurhessischen und nassauischen Stämmen gebildeten Regimenter ihre Geschichte an die der ursprünglichen Regimenter anzuknüpfen solle; dazu sind diesen Regimentern noch weitere Auszeichnungen, Helmbänder zc. zu teil geworden.

* Die Erklärung des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky, daß die Hoffnung, Deutschland würde der Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beitragen, größer als früher sei, wird jedenfalls von dem größten Teile des deutschen Gewerbes freudig aufgenommen. In dieser Frage hat stets eine Uebereinstimmung zwischen den Regierungen und dem Gewerbe bestanden. Prinzipiell waren beide mit dem Eintritt in die Union einverstanden. Die verschiedenen Regierungen befürworteten das prinzipielle Einverständnis auch dadurch, daß sie zu jeder Konferenz der Unionstaaten Vertreter entsandten. Indessen herrscht auch in Deutschland Uebereinstimmung darüber, daß der Eintritt in die Union nur dann vollzogen werden könnte, wenn die Gewähr dafür gegeben wäre, daß die deutschen Interessen dadurch keine Schädigung erfahren würden. Die Möglichkeit, daß dies geschähe, rührt aus der Verschiedenheit her, welche die deutsche Gesetzgebung über gewerbliches Eigentum gegenüber der fremdländischen vielfach aufweist. Gerade nach dieser Richtung werden sich also die Verhältnisse gegen früher gebessert haben, wenn nunmehr größere Hoffnung auf Beitritt Deutschlands zur Union besteht. Sobald der Beitritt vollzogen wäre, würde die bisherige deutsche Politik, über Patente, Marken- und Musterrechte, besondere Verträge mit einzelnen Staaten des Auslandes abzuschließen, wie mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Serbien zc. vorhanden sind, nicht weiter verfolgt werden.

* Der Gedanke einer „Rot-Tagung“ des preussischen Abgeordnetenhauses im Späthommer oder Herbst beginnt der „Allg. Ztg.“ zufolge „bei Eingeweihten einigen Raum zu gewinnen, da die Ausarbeitung der preuss. Ausnahmsgesetze zu den sog. Nebengesetzen des Bürgerlichen Gesetzbuches trotz aller angelegentlichsten Vorarbeiten nicht schon in dem Maße allseitig gefördert sei, daß die Vorlegung aller erforderlichen Entwürfe in der eben begonnenen regelmäßigen Tagung des Landtages geschert erschiene.“

* Am Mittwoch ging ein Ersatztransport für die Schutruppe in Südwestafrika nach Hamburg ab. Die Ueberführung nach Swatopmund erfolgte auf einem Boermann-Dampfer. Der Ersatz besteht aus dem Leutnant v. Sürmer, einem Unteroffizier und 75 Reitern. Die Ankunft in Swatopmund wird Ende Februar erfolgen.

* Zur Wäderung der „Leutenot“ im Osten schlägt die „Schl. Volksztg.“ den Erlass eines Spezialgesetzes vor, das die Einwanderung russischer Arbeiter auf drei Monate vollständig freigeibt, mit der Maßgabe, daß die wünschenswerten Arbeiter — also mit Ausschluß der Kranken, Verbrecher zc. — sofort naturalisiert werden. Es sei dann darauf zu rechnen, daß 20- bis 40 000 Arbeiter sofort einwandern, und nach Ablauf der drei Monate könne man die Grenze wieder schließen, bezw. die alten Bestimmungen wiederherstellen. Nach sicheren Informationen aus Petersburg werde im Schoße der russischen Regierung ernsthaft der Vorschlag beraten, noch in diesem Jahre ein Arbeiter-Auswanderungsverbot nach Deutschland zu erlassen. (Auf diese

letztere Möglichkeit wurde schon vor Monaten hingewiesen.)

Oesterreich-Ungarn.

* Aus Gmunden wird der „N. Fr. Presse“ gemeldet, daß man am Gumbertischen Hofe erklärt, alle Meldungen Hamburger Blätter, als würde der Prinz Georg Wilhelm die Ergebnisse des Krieges von 1866 anerkennen und den Fahneid als preussischer Offizier leisten, seien absolut unwahr und unbegründet.

* In Ungarn haben die Vertrauensmänner der vereinigten Oppositionsparteien die bindende Erklärung abgegeben, daß sie, wenn die liberale Partei Banffy zu opfern bereit sei, blindlings die ihr von Koloman Szell vorzulegenden Bedingungen annehmen.

Frankreich.

* Der „Soleil“, sonst ein ernsthaft zu nehmendes Blatt, schreibt: In der letzten Zeit hat der Versuch zu einer deutsch-französischen Allianz weitere Fortschritte gemacht. Gegen die diplomatische und vielleicht auch militärische Unterstützung Frankreichs von Seiten Deutschlands gegen England wird Frankreich die jetzigen Grenzen des Deutschen Reiches anerkennen und sich öffentlich bindend erklären, niemals die verlorenen Provinzen zurückzufordern; der deutsche Kaiser wird seinerseits im Falle, daß beide Mächte gegen England siegen würden, die Räumung Ägyptens von England verlangen. Ägypten würde alsdann unter ein gemeinsames Protektorat Europas gesetzt und Frankreich würde den Vorzug des Kontrollausschusses erhalten. Schließlich würde der deutsche Kaiser zum Beweise des vollständigen Einvernehmens im Jahre 1900 nach Paris zum Besuch der Ausstellung und zwar mit dem Zaren kommen. Der deutsche Kaiser würde jedoch vorher einen längeren Aufenthalt auf Kap Martin nehmen, um seinen Aufenthalt in Paris einzuleiten. „Dies ist“ so sagt der Petersburger Korrespondent des „Maties“, „das vorgeschlagene Bündnis, welches ich Anlaß habe, als angenommen zu betrachten (!!)“

* Der Vorschlag Rocheforts, Tongking und Indochina gegen Siam abzugeben, ist nur im „Intransigant“ aufgetaucht, von der Rednertribüne des Parlaments aus aber nicht wiederholt worden. Rochefort meint, ganz Frankreich würde solchen Vertrag ratifizieren. Zu einem Vertrag gehören aber bekanntlich zwei Parteien und die „zweite“ ist eben nicht zu finden.

* Der Aufruf zur „Einigung aller Franzosen“ hat in den letzten Tagen eine große Anzahl Unterschriften erhalten, darunter diejenigen von Mitgliedern des Instituts der Wissenschaften und anderer hervorragender Persönlichkeiten.

Italien.

* Eine Vollversammlung der Bischöfe des Lateinischen Amerika ist für den 28. Mai nach Rom einberufen worden.

Rußland.

* Die Veröffentlichung der Vorschläge für das Programm der Brückungskonferenz seitens der russischen Regierung hat keinerlei Ueberraschung gebracht. In ihren Grundzügen waren die Vorschläge bereits bekannt und erörtert. Die Initiative betreffs der vollständigen Veröffentlichung mußte selbstverständlich der Petersburger Regierung überlassen bleiben und sie hat, indem sie sich dieser Aufgabe unterzog, gleichzeitig mit aller Deutlichkeit erklären lassen, daß es nicht in ihrer Absicht liegen konnte, ein endgültiges Programm festzustellen und der Konferenz selbst vorzulegen. Voraussetzung bleibt dabei, daß der gezeugene Rahmen nicht überschritten wird. Innerhalb dieses Rahmens bleibt Raum genug für den ersten Willen, etwas Gutes und Bleibendes zu schaffen, und wenn die humanen und weisheitlichen Anregungen des Zaren für den Augenblick auch nur dahin führen sollten, die Bestimmungen der Genfer Konvention zu erweitern und die Verwendung von Explosivstoffen einzuschränken, so wird das Vorgehen von wesentlichem

Nutzen für die Menschheit und für die Menschlichkeit erzielen.

Asien.

* Der Umstand, daß die amerikanische Behörden in Hongkong eine Anzahl von kleinen Dampfmaschinen für den Verkehr auf den Philippinen angekauft haben, erweckt bei den Philippinos neuen Verdacht. Diese glauben, daß die von Mac Kinley eingesetzte Ueberwachungskommission lediglich ein Vorwand sei, um Zeit zu gewinnen.

Deutscher Reichstag.

Am 26. d. wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (wlibl.) empfiehlt seinen Antrag, als Beihilfe zu den Kosten der Errichtung eines Goethe-Denkmal in Straßburg den Betrag von 50 000 Mark in einen Ergänzungsetat für 1899 einzustellen, mit dem Hinweis, daß das Standbild dieses deutschen Mannes in Straßburg geeignet sei, die geistige Zusammengehörigkeit der Reichsländer mit dem Mutterlande, die niemals unterbrochen worden sei, zu kennzeichnen.

Abg. Riff (fr. Vgg.) befürwortet den Antrag und hält es für einen sehr glücklichen Gedanken, dem jungen Goethe gerade in der Hauptstadt Elsaß-Lothringens ein Denkmal zu setzen, mit welchem schönen Lande er persönlich und dichterisch so eng verknüpft war.

Abg. Schädler (Zentr.): Er verstehe die Empfehlung des Zusatzes zu dem Denkmal seitens der beiden Vorredner sehr wohl, er glaube aber, daß der Zusammenhang zwischen Elsaß-Lothringen und dem Mutterlande auch auf andere, bessere Art aufrecht erhalten werden könne. Es sei zwar gefährlich, gegen diesen Antrag zu sprechen, weil man leicht zu den Dubitanten und Philistern gemorren werden könne. Trotz dieser Gefahr opponiere er, aber aus rein praktischen, äußeren Erwägungen unter Anerkennung des großen Dichtergenies und seiner Bedeutung für die deutsche Literatur. Es werde das Urteil darüber herausgefunden, ob Goethe als Muster des deutschen Patriotismus in Straßburg gerade an der richtigen Stelle sei. Wenn das ganze deutsche Volk an diesem Denkmal Anteil nehme, möge es diese Anteilnahme auch in klingendes Geld umwechseln. Bei einem derartigen Reichszuschuß für die Konzeptionen. Es könnten immer mehr Gelder zu Denkmalen verwendet werden. Vom Staatsstandpunkt des Reichstages aus müsse man diesen Antrag ablehnen.

Der Antrag wird hierauf der Budgetkommission überwiesen; nur einige Zentrumsabgeordnete stimmen dagegen.

Beim Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“ wünscht

Abg. Seine (soz.), daß die Verhältnisse der Angehörten der Rechtsanwaltschaft ebenso geregelt würden wie die der Handlungsgehilfen. Durch die übermäßige Anstellung von Knaben, namentlich in Anwaltsbüros, seien die Löhne sehr herabgedrückt worden unter gleichzeitiger übermäßiger Arbeitszeit. Die Folgen seien schlechte geistige und moralische Qualitäten. Es sei Zeit, daß das Reich hier eingreife.

Abg. Bebel (soz.) erblickt in der Nichtverabsagung der 39 000 Mk., die für die Kommission für Arbeiterstatistik ausgeworfen seien, ein Zeichen, daß die Sozialreform ins Stocken geraten sei, und beklagt, daß die Bäckereiverordnung nur mangelhaft ausgeführt werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky teilt mit, daß in nächster Zeit für eine Reihe von Fabriken Verordnungen bevorstehen. Wenn Beschwerden über die Handhabung der Bäckerei-Verordnung vorhanden sind, müssen sie in den Landtagen vorgetragen werden.

Abg. Dertel (kons.) bekämpft die Bäckereiverordnung, die nur das Denunzierthum geizt habe. Bebel möge den Berliner Bäckermeister erst einmal sagen, wie sie die Verordnung überhaupt durchführen können. Dem Vorbilde dieser unglücklichen Verordnung sollte man bei der erwartenden Müllerereiverordnung nicht folgen. Der Mittelstand muß erhalten werden.

Abg. Müller (nat-lib.) ist ebenfalls für Abänderung der Bäckereiverordnung.

Abg. Bebel (soz.) empfiehlt im Interesse der Verbesserung der Sozialgesetzgebung die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes.

Abg. Zehr v. Stumm (freikons.) stimmt der Anregung des Abg. Müller zu, die Kommission für Arbeiterstatistik nochmals mit Erhebungen über die Mißstände im Bäckereigewerbe zu beauftragen. Vorschläge zur Abstellung dieser Mißstände zu machen, würde aber über die Aufgaben dieser Kommission hinausgehen. Jedemfalls müsse zunächst festgestellt werden, wie nachteilig die Bäckereiverordnung auf die Bäckermeister gewirkt habe und in welchem Umfange solche Nachteile hervorgetreten seien.

Abg. Zehr v. Stumm (freikons.) stimmt der Anregung des Abg. Müller zu, die Kommission für Arbeiterstatistik nochmals mit Erhebungen über die Mißstände im Bäckereigewerbe zu beauftragen. Vorschläge zur Abstellung dieser Mißstände zu machen, würde aber über die Aufgaben dieser Kommission hinausgehen. Jedemfalls müsse zunächst festgestellt werden, wie nachteilig die Bäckereiverordnung auf die Bäckermeister gewirkt habe und in welchem Umfange solche Nachteile hervorgetreten seien.

sagen, daß diese Zeugin Heinrich des Meuchelmordes anklage.

Da die Geschworenen-Sitzungen in Rohlau erst im August stattfinden sollten, so blieb hinlänglich Zeit, sogar einen Zeugen aus Buenos Ayres kommen zu lassen, der, wenn es nötig werden sollte, bestätigen konnte, daß Alfred Baumann niemals dort angekommen war. Seine Mutter hatte alles aufgegeben, die geschicktesten Kräfte für die Verfolgung der Sache aufzutreiben, in der sie als „Nebenklägerin“ zugelassen war. Der Anwalt, der dieselbe übernommen hatte, war dem berühmten Hallberg in jeder Hinsicht gewachsen und nahm sich vor seinem Gegner wohl in acht. Er vermied es mit ängstlicher Sorgfalt, sich die geringste Blöße zu geben, weil er aus Erfahrung wußte, wie unbarbarisch und rücksichtslos Hallberg eine solche zu seinem Nutzen auszubenten verstand; denn war es diesem nur erst gelungen, in den Zeugenausagen eine Lücke zu finden, die ihm erlaubte, den kleinen Finger hindurchzustecken, so hatte er sie in kürzester Zeit so sehr erweitert, daß der Angeklagte mit Kopf und Hals hindurchschlüpfen konnte. Bis jetzt hatte aber Hallberg zu seinem großen Leidwesen noch keine derartige Lücke aufzufinden vermocht.

„Wissen Sie, mein lieber Mellien“, sagte er zu diesem, „daß dies die klüglicste Geschichte ist, die mir seit Jahr und Tag vorgekommen? Da spricht man immer davon, daß die meisten Verbrecher durch die Gewissensangst und Unüberlegtheit der Verbrecher an das Tageslicht kommen, und hier haben wir einen Fall, in dem ein Unschuldiger sich genau so benimmt, wie ein von

Abg. Mollenhuth (soz.) nimmt für die Kommission für Arbeiterstatistik das Recht in Anspruch, auch bestimmte Vorschläge zur Abstellung von Mißständen zu machen.

Abg. Eise (Zentr.) hält die ganze Debatte für fruchtlos, so lange nicht das von der Regierung aus der Umfrage gewonnene Material vorliegt. Erst dann könne man sich darüber entscheiden, ob die Kommission für Arbeiterstatistik mit einer nochmaligen Prüfung der Verhältnisse im Bäckereigewerbe betraut werden solle.

Die Position „Kommission für Arbeiterstatistik“ wird darauf bewilligt.

Beim Kapitel „Statistisches Amt“ bemerkt Abg. Böckel-Kaiserlautern für den so oft und so laut behaupteten wirtschaftlichen Aufschwung den zahlenmäßigen statistischen Nachweis im „Statistischen Jahrbuch“. Derselbe müßte doch in den Ausführlern zum Ausdruck kommen. Den Hauptanteil an dem Aufschwunge sollte bekanntlich die Eisenindustrie geliefert haben; nun habe sich aber kürzlich herausgestellt, daß der Wert ihrer Ausfuhr durch einen Druckfehler um 100 Millionen zu hoch angegeben worden ist.

Abg. Böckel (wlibl. Antif.) fordert ebenfalls eingehendere statistische Nachweise über die Lage des Mittelstandes.

Staatssekretär Graf Posadowsky kann nicht zugeben, daß das Bild unserer Handelsbilanz ein so ungünstiges sei, wie Abg. Böckel es darstelle. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr rühre im wesentlichen von der Mehreinfuhr an Getreide und Futtermitteln her. Daß der Wohlstand zunimmt, dafür sprächen äußere Kriterien wie die ungeheure steigenden Sparassetteneinlagen und die Kapitalanlagen zu großen wirtschaftlichen Unternehmungen.

Abg. Zehr v. Stumm kann auch in dem sinkenden Export keinen Nachweis für den sinkenden Wohlstand erblicken.

Abg. Baasche (nat-lib.) tritt ebenfalls der Deutung des Abg. Böckel entgegen, daß unsere Handelsbilanz den Rückschlag zulasse, daß wir uns hinsichtlich des Wohlstandes auf absteigender Linie befinden.

Abg. Werner (Antif.) tritt für Verbesserung der Lage der Bureaubeamten und der Hilfsarbeiter beim Statistischen Amt ein und fragt an, wie die Mehrforderung von 28 900 Mk. verwendet werden solle. Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Mehrforderung erkläre sich von selbst aus der Vorberater des Statistisches, zu der sechs neue statistisch vorgebildete Beamte erforderlich sind, sowie aus den infolge der Zulagen sich in diesem Jahre erhöhenden Gehältern einer größeren Anzahl von Beamten.

Abg. Böckel-Deffau (wlibl.) befürwortet die Gleichstellung der beiden Klassen von Kanzleisekretären, die noch im Reich bestehen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) beantragt, mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Frage den auf die Bureaubeamten bezüglichen Titel an die Budget-Kommission zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Das Kapitel „Statistisches Amt“ wird darauf angenommen, ebenso das Kapitel „Normal-Nachweis-Kommission“.

Sodann wird die Weiterberatung bis zum 28. d. vertagt.

Von Nah und Fern.

Berlin. Falsche Ein- und Zwei-Markstücke werden jetzt wieder in Berlin und Umgebung in Verkehr gebracht. Die besonders scharf und vorzüglich ausgeführten Fälschate tragen das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1878 oder 1883. Die falschen Münzen haben einen dem echten Gelde ähnlichen Klang, fühlen sich aber etwas fettig an. Jedemfalls stammen die jetzt noch im Umlauf befindlichen falschen Geldstücke von der vor kurzer Zeit festgenommenen Fälschmünzerhande her. Längere Zeit war es der Behörde ein Rätsel, auf welche Weise die falschen Münzen die Geldstücke hergestellt hatten. Wie die Sachverständigen annahmen, mußten die Geldstücke geprägt sein; bei den sorgfältigen Hausnachungen wurden aber weder Matrizen noch Stangen gefunden. Die Prägung des Geldes ist außerdem mit Lärm verbunden; so viel aber auch die Nachbarn in dem Hause vernommen wurden, niemand will etwas gehört haben. Jetzt endlich hat sich nach dem „Kleinen Journal“ einer der Fälschmünzer zu dem Geschäftsherbergebegeben, daß die Fälschate nicht geprägt, sondern in Formen gegossen wurden. Die Fälschmünzer stellten anfangs die Formen aus gewöhnlichem Gips her, dessen grobe Körner jedoch sichtbar Eindrücke auf den Flächen des Geldes hinterließen. Später wurden

seinem Schuldbewußtsein verfolgter Uebelthäter. Dieser junge Mann scheint seinen ganzen Scharfsinn aufgegeben zu haben, um sich selbst den Strid um den Hals zu legen. Und trotzdem glaube ich ihm jedes Wort. Seine Erzählung ist so seltsam, um nicht wahr zu sein.“

„Ich bin von meiner eigenen Unschuld nicht fester überzeugt, als von der Unschuld von Bestows“, beteuerte Mellien mit Wärme.

Der Fall, daß ein Unschuldiger sich tausendmal verdächtiger benimmt, als ein wirklich Schuldiger, steht übrigens nicht vereinzelt da, fuhr Hallberg fort. „Der Landgerichtsrat B., den Sie ja auch kennen müssen, pflegte zu sagen, er würde, wenn ein Polizist plötzlich an ihn heranträte, um ihn zu verhaften, zweifels- ohne davonlaufen, was er nur laufen könnte, und ich glaube, daß er recht hat.“

„Das ist nicht unmöglich“, bestätigte Mellien. „Die Borrurteile, welche die meisten gegenüber einer Verurteilung mit der Polizei haben, nehmen ihnen im ersten Augenblicke die Besinnung, und haben sie einmal zu einer läge Zuflucht genommen, so ist es sehr schwer, wieder zur Wahrheit zurückzufahren. Doch kommen wir auf unseren Fall zurück. Ich weiß noch immer nicht, wie es uns möglich sein wird, auch nur zu beweisen, daß Bestow herausgefordert wurde.“

„Wenn es nur gelänge, diese Käthe Kallas so in die Enge zu treiben, daß sie die Möglichkeit zugäbe, den ersten Schlag, der gefaßt wurde, in der Dunkelheit nicht bemerkt zu haben!“

„Ich möchte Ihnen davon abraten, das Mädchen in die Enge treiben zu wollen“, meinte

Am Vorabend der Hochzeit.

28] Roman von Helene Stöckl.
(Fortsetzung.)

Der Rektor blieb jedoch seinem alten Grundsatze, alles Unangenehme von sich abzuwehren, treu; da Brauns Anblick allerlei peinliche Grünerungen in ihm hervorrief, so provozierte er einen Streit mit ihm, schickte ihn knall und Fall aus dem Hause und warf die Briefe, in denen der Entlassene ihm um ein gutes Zeugnis bat, einfach ins Feuer.

Dies brachte Braun natürlich auf, und es that ihm wohl, dem Geheimpolitisten gegenüber, der in Frau Baumanns Auftrag Heinrich v. Bestow aufzusuchen, sich zuerst nach Neudorf begeben hatte, seinem Ingrimm Luft machen zu können. Richards hatte anfänglich nicht viel von dem ihm gewordenen Auftrage gehalten. Frau Baumann machte ihm den Eindruck einer übertrieben argwöhnischen alten Frau und Käthe Kallas den einer Abenteuerin; jetzt aber, nachdem er Braun gesprochen und dessen Äußerungen mit den Gerüchten verglichen hatte, die am Drie im Umlauf waren, fing er an, die Sache ernster zu nehmen.

Er begab sich sofort nach Berlin, um dort Heinrich von Bestows Spur aufzufinden. Lange Zeit waren seine Bemühungen erfolglos, endlich aber ward er auf Willy Böckler aufmerksam und ließ ihn überwachen. Des Justizrats Bemerkung, daß Frank mit Dr. Wellner in Verkehr stünde, veranlaßte ihn, auch diesen genau beobachten zu lassen. Als Dr. Wellner an dem Tage, an dem Willy Böckler die Nachricht

brachte, daß Martha Wellner und Frau Braun ein und dieselbe Person seien, aus Idas Hause eilte, angeblick um seine Fassung wieder zu gewinnen, in Wirklichkeit aber, um Heinrich zu warnen, war ihm jemand unbemerkt nachgeschlichen.

Wir haben gesehen, in welcher Weise Herr Richards die gemachte Entdeckung zu benutzen wußte.

Martha nahm die Nachricht von der Verhaftung ihres Gatten, die man ihr endlich nicht mehr verheimlichen konnte, mit weit größerer Fassung auf, als ihre Angehörigen erwartet hatten.

„Ich bin froh“, sagte sie, während ihre blauen Wangen sich röteten, „daß dieses erbärmliche Versehen und diese aufreibende Ungewißheit vorüber sind. Was immer kommen möge — das war das Ärgste. Papa sagte, daß der Fall ungeheures Aussehen macht und daß wir gut thun werden, wenn alles vorbei ist, für ein oder zwei Jahre ins Ausland zu gehen. Aber ich sage: Es wäre besser gewesen, wenn wir der öffentlichen Meinung gleich anfangs frei gegenüber getreten wären. Wir wollen dem Sturm nicht länger ausweichen, sondern ihn über uns ergehen lassen und ihm tapfer standhalten.“

Es kam Martha gar nicht in den Sinn, daß die gerichtliche Verhandlung einen anderen Verlauf als zu Gunsten ihres Mannes nehmen könne, und der Umstand, daß die Hauptzeugin bei dem unglücklichen Streite zugegen gewesen war, befürchtete sie nur in ihrer Unwissenheit. Niemand hatte bis jetzt den Mut gehabt, ihr zu